

Ärztliches Zeugnis gemäß § 17 Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG

Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen

Angaben zur Einrichtung

Name der Einrichtung:
Straße/PLZ/Ort:

Ansprechperson

Vorname:	
Titel/Nachname:	
Telefon:	Fax:
E-Mail:	
Datum:	

An  
die zuständige Behörde gemäß § 19 PsychKHG  
zur Anordnung der vorläufigen Unterbringung

per Fax:

Angaben zur betroffenen Person/Patient

Vorname:
Nachname:
Geburtsname:
Geburtsort:
(Letzter) Wohnort/Meldeanschrift:
Geburtsdatum:
Station (falls vorhanden):
Patienten-/Fallnummer (falls vorhanden):
Gesetzlicher Vertreter (ggf. beide Elternteile) oder rechtlicher Betreuer oder Vorsorgebevollmächtigter:

Die sofortige Unterbringung der betroffenen Person erfolgte durch

- den Landkreis  als Kreispolizeibehörde
- den Regionalverband Saarbrücken als Kreispolizeibehörde
- die Landeshauptstadt Saarbrücken
- die Vollzugspolizei

Zeitpunkt der Ingewahrsamnahme (Datum und Uhrzeit):

Zeitpunkt der Aufnahme  
in der Einrichtung (Datum und Uhrzeit):

Die betroffene Person wurde unverzüglich am/um

ärztlich untersucht. Das vorliegende Zeugnis stellt somit auf den gegenwärtigen Gesundheitszustand ab.

Ort der Untersuchung:

#### **Informationen zum Sachverhalt / Umstände der Aufnahme**

*(Sofern z.B. ein Polizeibericht vorliegt, kann auf diesen verwiesen werden, wenn er beigefügt wird; wie ist das aktuelle Verhalten auf Station?)*

### Psychopathologischer Befund

*(Wichtig sind in jedem Fall auch Angaben zu Orientierung, Kritik- und Urteilsfähigkeit, Suizidalität, Fremdgefährdung, Vigilanz, Gedächtnis, Denkstörungen, Sinnestäuschungen, Ich-Störungen, Stimmung, Antrieb und intellektuelle Fähigkeiten mit konkreten Erläuterungen)*

### Diagnose

Bei der betroffenen Person wurde folgende psychische Störung bzw. psychische Erkrankung festgestellt:

### Sonstige Befunde, Nebendiagnosen/Begleiterkrankungen

## Einsichts- und Steuerungsfähigkeit

- Der bei der betroffenen Person festgestellte psychopathologische Befund bedingt eine aufgehobene Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit. Die betroffene Person ist nicht in der Lage, ihren Willen frei zu bilden und kundzutun. *(Voraussetzung zur Unterbringung gemäß § 10 Abs. 2 PsychKHG)*

## Gefährdungseinschätzung

Von der betroffenen Person geht weiterhin folgende Gefahr aus:

- Erhebliche Selbstgefährdung durch

*(Gefährdung konkret benennen! Leitfragen: Was würde der betroffenen Person passieren, wenn sie im derzeitigen unbehandelten Zustand die Klinik verlassen würde? Warum kann die Behandlung nicht auf einer offenen Station oder ambulant erfolgen? Besteht Weglaufgefahr?)*

- Erhebliche Fremdgefährdung von Rechtsgütern Dritter (u.a. das Leben, die Gesundheit, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit, das Vermögen oder das Eigentum Dritter) durch

*(Gefährdung konkret benennen!)*

## Erforderliche Behandlung gem. § 21 PsychKHG

*(Welche Behandlung des Betroffenen ist erforderlich und für welchen Zeitraum?)*

- Die betroffene Person ist in der Lage, Sinn und Zweck der geplanten Behandlung zu erfassen und hierüber ein geordnetes Gespräch zu führen.

## Besondere Sicherungsmaßnahmen gem. § 28 PsychKHG

- Freiheitsentziehende Maßnahmen sind erforderlich. Wenn zutreffend, bitte nachfolgend benennen, welche Maßnahmen erforderlich sind und wie lange:

- Die betroffene Person ist zum jetzigen Zeitpunkt einverstanden mit den oben genannten Maßnahmen.

## Kausalität

- Die betroffene Person gefährdet sich selbst oder Rechtsgüter Dritter aufgrund der psychischen Störung.

## Unterbringung als letztes Mittel

*(Was wurde unternommen, um die Unterbringung durch weniger einschneidende Mittel abzuwenden? Warum konnten weniger einschneidende Mittel nicht angewandt werden oder waren nicht zielführend?)*

## Voraussichtliche Dauer der Unterbringung

## Möglichkeit der Anhörung

- Die persönliche Anhörung der betroffenen Person ist aktuell möglich.
- Die betroffene Person ist aktuell in der Lage, in einem geordneten Gespräch angehört zu werden.
- Durch die persönliche Anhörung der betroffenen Person durch das Gericht sind erhebliche Nachteile für deren Gesundheit zu besorgen, nämlich

- Die betroffene Person ist der deutschen Sprache nicht mächtig.
- Die betroffene Person spricht die folgende/n Sprache/n:

- Eine Person zur Sprachmittlung ist erforderlich.
- Bei der betroffenen Person liegen folgende zusätzliche Einschränkungen vor, die eine Kommunikation erschweren (z.B. Aphasie):

- Durch die persönliche Anhörung der betroffenen Person durch das Gericht ist eine Gefährdung für den Anhörenden oder andere Personen zu besorgen, nämlich

## Gewissheit der gemachten Angaben

- Hiermit bestätige ich, dass ich die in diesem ärztlichen Zeugnis getätigten Angaben gewissenhaft und auf der Grundlage der bei der betroffenen Person durchgeführten ärztlichen Untersuchung gemacht habe.

Mit freundlichen Grüßen

---

Ort, Datum und Uhrzeit

---

Unterschrift und Druckschrift/Stempel Ärztin/Arzt – nach Möglichkeit mit Erfahrung auf dem Fachgebiet der Psychiatrie und Psychotherapie